

Wir alle wissen, daß sich der Aufbau in einem Tempo vollzogen hat, das wohl jeder innerhalb und außerhalb Deutschlands zunächst für unmöglich hielt. Dieses Tempo hat uns zunächst genötigt, uns in der Arbeit auf das äußerste zu konzentrieren. Wir konnten unsere Beratungen und Entschlüsse nur im engsten Kreise durchführen, denn das atemberaubende Tempo des Aufbaues ließ Verzögerungen nicht zu. Trotzdem haben wir von Anfang an an der demokratischen Linie unseres Aufbaues festgehalten. Unmittelbar nach Zulassung der politischen Parteien und der Gewerkschaften haben wir uns mit den Vorständen dieser Organisationen zusammengesetzt. Wir haben uns einen Ausschuß dieser Organisationen zur Seite gestellt, mit dem wir ständig Fühlung gehalten und die wichtigsten Fragen beraten und beschlossen haben. Diese Zusammenarbeit war in jeder Beziehung gut und fruchtbar, und sie bildete eine ausgezeichnete Hilfe für die Tätigkeit der Landesverwaltung. Sie förderte das gegenseitige Verständnis und Vertrauen durch eine enge und praktische Zusammenarbeit. Wir haben die großen Sorgen, die aus dem Zusammenbruch erwachsen, gemeinsam getragen, und ich kann wohl sagen, wir sind in dieser Arbeit Freunde geworden. So, wie im Präsidium der Landesverwaltung, erfolgten auch die Entschlüsse dieses Ausschusses bisher stets einstimmig.

Diese einmütige Zusammenarbeit hat es uns ermöglicht, auch die schwierigsten Probleme anzupacken und einer raschen Lösung zuzuführen. Aus der Fülle unserer Aufgaben will ich hervorheben: Die Enteignung des Großgrundbesitzes und den Volksentscheid. Diese beiden politischen Aktionen verfolgen das Ziel, eine Wiederkehr der Verhältnisse zu verhindern, aus denen sich der Zusammenbruch Deutschlands zwangsläufig entwickeln mußte. Die Grundlage für den Volksentscheid bildet die von der Besatzungsmacht verfügte Beschlagnahme des nazistischen Vermögens und des Vermögens der Kriegsverbrecher. Alle diese Vermögensmassen sind durch einen Befehl des Marschalls Sokolowskij in großzügiger Weise den Selbstverwaltungen zur Verfügung gestellt worden. Auf diese Weise haben wir die Möglichkeit erhalten, durch eine allgemeine Volksabstimmung ein Bekenntnis unseres Friedenswillens abzulegen. Sie sind wohl alle mit mir einig, daß wir das Vertrauen der anderen Völker brauchen. Dieses Vertrauen kann aber nur der gewinnen, der sich nicht allein in Beteuerungen und Versprechen ergeht, sondern der durch die Tat die endgültige Abkehr von Faschismus und Militarismus unter Beweis stellt. Der Volksentscheid bedeutet diese historische Tat. Den Antrag zum Volksentscheid haben die Parteien und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund gestellt. Das Präsidium der Landesverwaltung ist sich mit den Parteien und den Gewerkschaften nicht etwa nur in den großen Zielen dieser Aktion einig, sondern wir haben gemeinsam mit Parteien und Gewerkschaften die gesamten Vorarbeiten zur Durchführung dieses Volksentscheides in voller Einmütigkeit geleistet und haben die Überzeugung, daß wir hier eine gerechte Sache zum Wohle des gesamten deutschen Volkes durchführen. Wir wissen, daß die Blicke der ganzen Welt auf uns gerichtet sind, aber wir haben das Vertrauen zur sächsischen Bevölkerung, daß sie diese geschichtliche Prüfung bestehen wird. (Bravo!)

Ich bitte Herrn Otto Buchwitz, nunmehr den Vorsitz der Versammlung zu übernehmen.

Otto Buchwitz:

Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, ehe wir in die Tagesordnung eintreten, einige wenige Sätze. Wir, die wir als Vorstand für diese beratende Körperschaft bestimmt sind, sind übereingekommen, daß wir uns bei den kommenden Tagungen turnusgemäß in der Leitung ablösen wollen, um dadurch nach außen hin unsere bisherige Einigkeit

in unserer Zusammenarbeit zum Ausdruck zu bringen, die wir auch in Zukunft uns erhalten wollen. (Bravo!) Es ist für uns selbstverständlich, daß wir nicht als Angehörige einer bestimmten Partei die Geschäfte unserer Körperschaft leiten werden, sondern neutral und überparteilich. Die Gelegenheit unserer ersten Tagung muß aber auch benutzt werden, um noch folgendes zum Ausdruck zu bringen.

Wenn wir noch nicht eine auf demokratischer Grundlage gewählte parlamentarische Vertretung haben, so liegt das daran, daß die antifaschistischen Parteien bis heute und in der nächsten Zukunft bemüht sein müssen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der nazistische Ungeist, der in großen Teilen unserer Bevölkerung noch vorhanden ist, ausgerottet wird, daß wir unser Volk wieder zum eigenen Denken erziehen. (Sehr richtig!)

Am 1. September werden auf demokratischer Grundlage die Gemeindewahlen stattfinden, und in nicht allzu ferner Zeit wird das sächsische Volk Gelegenheit haben, auf demokratischer Grundlage sich auch sein Parlament zu wählen.

Wir werden in der Zwischenzeit als beratende Körperschaft bemüht sein, mit unserer Landesverwaltung und der Administration zusammen — wie in der Vergangenheit — alles zu tun, um die Leiden unseres Volkes weiter zu lindern. Vielleicht ist es auch gut, wenn von dieser Stelle aus einmal unseren Menschen im Lande gesagt wird, wir, die antifaschistischen Parteien, haben in der Vergangenheit alle weltanschaulichen Gegensätze zurückgestellt, beseelt allein von dem Bestreben, das Erbe, das uns im Vorjahre von jenen Abenteurern, die abgetreten sind, zurückgelassen wurde, zu übernehmen, um bessere Voraussetzungen für ein schöneres Leben für unser Volk zu schaffen. Es ist ein schönes Gefühl, wenn man zum Ausdruck bringen kann, daß wir in der Vergangenheit einmütig zueinander gestanden haben in dem Bewußtsein, daß es zunächst gilt, die Not unseres Volkes und die Leiden unseres Volkes zu beseitigen, ehe man zur Aussprache über weltanschauliche Gegensätze kommen kann. (Bravo!) Wir haben uns gelobt, das möge in Zukunft auch so sein. Wir wollen, weil wir wissen, daß noch viel Not in unserem Lande vorhanden ist, auch in Zukunft gemeinsam arbeiten. Wir möchten nicht, daß in unserer beratenden Körperschaft Kampf-abstimmungen stattfinden, sondern, daß wir alle, Frauen und Männer, die gewillt sind, unserem Lande und Volke zu helfen, wie in der Vergangenheit, uns zusammenfinden, um die Grundlagen zu finden, auf der wir unserem Volke weiterhelfen können. Weiter muß, so glaube ich, bei dieser Gelegenheit auch folgendes zum Ausdruck gebracht werden:

Wir wissen, daß unsere Menschen draußen im Lande auch in der jetzigen Zeit noch Entbehrungen zu tragen haben, daß noch viel Leid auf ihnen liegt. Es muß da von hier aus einmal ins Land hinaus gesagt werden: Wenn nicht alle antifaschistischen Parteien und die Männer der Landesverwaltung, die im Vorjahr die Verantwortung übernommen haben, die Hand ans Werk gelegt und nicht die vollste Unterstützung unserer Administration gefunden hätten, dann wäre unser Volk im Vorjahr verhungert. Daß diese schreckliche Zeit überwunden wurde, ist ein Verdienst der antifaschistischen Parteien, der Frauen und Männer der Landesverwaltung mit ihren Organen und unserer Administration, bei der wir immer Verständnis für unsere Sorgen gefunden haben und die uns geholfen hat.

Ich möchte zum Schluß noch eines zum Ausdruck bringen. Wir in Sachsen standen und stehen unabänderlich auf dem Standpunkt, zu wirken für die Einheit unseres Vaterlandes, für die Einheit Deutschlands. Was wir bisher getan haben, war abgestellt auf dieses große Lebensziel. Ich glaube, wenn wir jetzt mit unserem Wirken, und vor allen Dingen mit dem Volksentscheid, Deutschland und der Welt ein Beispiel dafür geben, wie